

# 5-Punkte-Plan für Thüringen



## 1. Auto-Pakt Thüringen

Zum Erhalt des Opel-Standortes Eisenach bedarf es dringend zusätzlicher Anstrengungen, die auch eine Staatsbeteiligung als Rettungsanker umfassen müssen. Die Thüringer Landesregierung nimmt dazu umgehend Direktverhandlungen mit General Motors sowie der Adam Opel GmbH auf und unterbreitet konkrete Hilfsangebote zur Rettung des Opel-Standortes Eisenach. Opel Eisenach ist mit seinen knapp 1.800 Beschäftigten das Rückgrat der Automobilindustrie in Thüringen. Parallel zu den Anstrengungen bei Opel richtet das Thüringer Wirtschaftsministerium eine Task-Force zur Sicherung des Automobilstandortes Thüringen ein. Die IHK Erfurt befürchtet bereits eine Pleitewelle bei den Autozulieferern (Pressemitteilung 25.3.2009). Bedrohte Firmen brauchen ein schnelles und unbürokratisches Hilfsangebot aus einer Hand. Der Fahrzeugbau ist mit 76 Betrieben und mehr als 13.000 Beschäftigten eine der größten Industriebranchen in Thüringen. Sollte diese Branche von einer Insolvenzwellen erfasst werden, droht in Thüringen eine weitgehende Deindustrialisierung. Insbesondere Westthüringen wäre betroffen. 66 Prozent der Beschäftigten der Fahrzeugbranche arbeiten dort.

## 2. Stabsstelle Konjunkturprogramm in der Staatskanzlei

Die Umsetzung des Konjunkturprogramms geht in Thüringen schleppend voran. Es gibt noch immer offene Fragen und Unsicherheiten bei den Kommunen. In anderen Ländern – wie Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Schleswig-Holstein – sind dagegen die ersten Förderanträge unterschrieben bzw. unterschriftsreif. Angesichts der von den Thüringer Kommunen beklagten langwierigen Antragsbearbeitung durch das Landesverwaltungsamt und den vielen Unklarheiten muss die Landesregierung eine Stabsstelle Konjunkturprogramm in der Staatskanzlei einrichten. Die Kommunalen Spitzenverbände sind in die Arbeit der Stabsstelle einzubinden, um Kommunikationsstörungen – wie bei den Auftaktverhandlungen der Landesregierung zum Konjunkturpaket – zu vermeiden. Die Erfahrungen vor Ort muss genutzt werden, schließlich wissen die Mitarbeiter in Rathäusern und Landratsämtern am besten, wo das Geld schnell, sinnvoll und vor allem arbeitsplatzwirksam eingesetzt werden kann. Das Land soll den Eigenanteil der Kommunen senken. Die jetzt notwendigen 25 Prozent Eigenanteil können viele Kommunen nicht schultern. Der zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen vorgesehene 5-prozentige Eigenanteil birgt noch große Unsicherheiten bei den Kriterien für die Förderung aus dem Landesausgleichsstock.

## 3. Thüringer Aktionsplan Energie-Wende

Der Ausweg aus der aktuellen Krise sollte von Anfang an auf lange Sicht angelegt sein. Deshalb kommt es gerade jetzt darauf an, gezielt in Zukunftschancen zu investieren. Die wichtigste Aufgabe dabei ist es, Ökonomie und Ökologie zu vereinen. Thüringen muss Leitregion einer neuen ökologischen Industriepolitik werden, wie sie Bundespräsident Horst Köhler zur Eröffnung der Hannover-Messe eingefordert hat. Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag hat ein Leitbild für die Energie-Wende in Thüringen vorgelegt. Unser Leitbild umfasst drei Elemente: (1.) Wir setzen uns klare Ziele für die Nutzung erneuerbarer Energien. (2.) Unser Aktionsplan umfasst konkrete Punkte für die Energie- und Klimaschutzpolitik von morgen. (3.) Unsere Solar-Initiative zeigt, wie wir die günstige Ausgangslage unserer Solarwirtschaft noch erfolgreicher zu einer

Thüringer Schlüsselindustrie ausbauen. Die Jahre der CDU-Landesregierung waren eine Zeit der Untätigkeit. Das bestätigten alle großen Vergleichsstudien: Die Analyse der Agentur für erneuerbare Energie sieht Thüringen auf einem traurigen vorletzten Platz in der Kategorie „Anstrengungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien“. Beim Ländervergleich der Zeitschrift GEO das gleiche bittere Ergebnis: Bei der Frage nach der Strategie zum Klimaschutz belegt die Regierung von Dieter Althaus den letzten Platz. Statt auszuharren kommt es jetzt darauf an, neue Energie für das Land zu entfalten.

#### 4. Binnennachfrage statt Billiglöhne

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die Lohnangleichung Ost/West bleiben vordringliche Aufgaben – nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit und der notwendigen Vollendung der sozialen Einheit Deutschlands, sondern auch als Gebote wirtschaftlicher Vernunft: Mindestlohn und Lohnangleichung würden den Konsum ankurbeln und so zu einem kräftigen Konsumschub führen. Gerade in der Wirtschaftskrise brauchen Löhne eine Schutzgrenze, sie zu kürzen – wie es sich in einigen Branchen: Metall- und Elektroindustrie sowie Maschinenbau andeutet – wäre ein verheerendes Signal. In der Krise muss die Konsumnachfrage gestärkt werden – wie es beispielsweise mit der Umweltprämie als staatliche Hilfe erfolgt ist. Die Billiglöhne-Strategie der Landesregierung war der falsche Weg: In Thüringen werden bundesweit die niedrigsten Löhne gezahlt. Ein gesetzlicher Mindestlohn beispielsweise für die rund 300 000 Thüringer Beschäftigten im Niedriglohnbereich – vorwiegend Frauen bspw. Handel, Hotel- und Gaststättenbereich – würde in Thüringen die Konjunktur ankurbeln. Nach zwei Jahrzehnten der staatlichen Einheit Deutschlands muss es oberstes Ziel sein, auch die soziale Einheit zu vollenden und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. In einigen Branchen haben wir bereits eine Angleichung der Löhne in Ost und West erreicht. Wir wollen dafür sorgen, dass sich alle Gehälter im Osten an Westniveau angleichen. Die Stimmen Thüringens im Bundesrat müssen den gesetzlichen Mindestlohn befürworten.

#### 5. Aktive Arbeitsmarktpolitik

In der Krise brauchen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesregierung hat auf Initiative der SPD die Regeln der Kurzarbeit verbessert – die ursprüngliche Maximaldauer wurde von sechs auf 18 Monate angehoben. Das macht Sinn, denn trotz Auftragskrise behalten Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz und Unternehmen ihre eingearbeiteten Mitarbeiter (In Thüringen angemeldete Stellen im März 2009: 24.000). Mit dem Konjunkturpaket II wurde ein weiterer SPD-Vorschlag umgesetzt: Unser Ziel ist es, die Mitarbeiter zu stärken – deshalb gibt es jetzt die Qualifizierungsoffensive für Kurzarbeiter über die Bundesagentur für Arbeit. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf aber auch das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit nicht aus dem Blick geraten. Thüringen ist wie ganz Ostdeutschland davon besonders betroffen. Die Landesregierung muss dringend aktiver werden. Bisher leistet sie es sich sogar, Fördermillionen des Bundes verfallen zu lassen. Andere Länder unterstützen zum Beispiel den Ausbau des Kommunal-Kombi zu einem dauerhaften, steuerfinanzierten Arbeitsmarktförderinstrument. Insbesondere in strukturschwachen Regionen kann damit eine öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aufgebaut werden. In Thüringen wurden landesweit bisher weniger als 100 Stellen mit diesem Instrument geschaffen. In den anderen neuen Ländern haben bereits Tausende durch den Kommunal-Kombi neue Jobs gefunden (Sachsen 3.000, Brandenburg 2.000, Sachsen-Anhalt 1.300).

*Vorgestellt von Christoph Matschie, Vorsitzender der SPD Thüringen, 20. April 2009*